

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzuordnen
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 202-207
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhof 202-207

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Der Mord im Döberitzer Walde.

Der Fall Pannier im Feme-Ausschuß.

In der heutigen Sitzung nahm der Feme-Ausschuß des Preussischen Landtages die Behandlung des Falles Pannier auf. Der Berichterstatter Abg. Kuttner (Soz.) gab zunächst in öffentlicher Sitzung einen Vorbericht über den Inhalt der Akten des Falles. Er wies darauf hin, daß die Gerichtsverhandlung im Falle Pannier geheim geführt worden sei, soweit es sich um die Verhältnisse der Schwarzen Reichswehr handelte.

Kommandos, die wegen Begünstigung angeklagt waren, sind vom Gericht freigesprochen worden mit der Begründung, sie hätten nur dem Befehl ihrer Vorgesetzten gehorcht. Ein Führer Mäder ist freigesprochen, weil er damals nicht mehr zur Formation des Leutnants Bann gehörte und nach seiner Angabe nur als — neugieriger Zuschauer dabei gewesen ist.

Berichterstatter Abg. Kuttner bemerkte, daß irgendwelche positive Anhaltspunkte dafür, daß Pannier einen Verrat an der Sache der Schwarzen Reichswehr verübt habe, von ihm nicht gefunden sei. Er berichtete sodann über die Einzelvernehmungen in der Sache Pannier. Schirmann hat zunächst zu leugnen versucht, hat aber sodann ein Geständnis abgelegt und erklärt:

Leutnant Bann sei der Anstifter gewesen.

Auf Grund seiner Aussagen konnte auch auf die Verbrecher gefahndet werden, zunächst auf den Polizeiwachmeister Stein. Der Verleumdung, die Leiche des Pannier zu finden, blieb erst vergeblich, weil Schirmann noch nicht mitgeteilt hatte, daß sie ungetroffen sei. Verhaftet und vernommen wurde auch der Bataillonsfeldwebel Stegelberg. Bezeichnend sei, daß er vom Hauptmann Guttnecht einen mündlichen „Befehl“ erhalten habe, am nächsten Tage zur Schwarzen Reichswehr zu kommen. Er hat Angaben über die Tat gemacht, die wenigstens seine Mittäterschaft außer Zweifel erscheinen lassen. Festgenommen wurde dann der Leutnant Bann. Dieser leugnete, die Tat angeflistert oder von ihr gewußt zu haben. Schirmann habe ihm nur gemeldet, daß der Gefangene Pannier den Begleitern entwispen wurde und dann totgeschlagen worden sei. Nach der Tat habe er dem Leutnant v. Senden die Meldung erstattet, daß Pannier tot sei. Dieser habe ihn groß angesehen und sei dann fortgegangen, ohne ein Wort zu sagen. Es folgte das Geständnis des Schirmann über die Leiche ausgegraben wurde. Der Schütze Arnold Erwin Schmidt wurde dann auf Grund der Aussagen festgenommen. Er gab seine Täterschaft zu und hat sich sofort auf die Anklage von Bann begeben. Er ist von Mäckenroth zur Teilnahme an der Tat aufgefordert worden. Zur Zeit seiner Verhaftung war Pannier beim Reichsbunzländischen Landbund angestellt. Schließlich hat auch der Polizeiwachmeister Stein, der zum Tode verurteilt worden ist, ein Geständnis abgelegt und Hauptmann Guttnecht, Freyherr v. Senden und Oberleutnant Schulz schwer belastet. Er hat besonders die Schuld seiner Vorgesetzten hervorgehoben. Die Ermordung sei erfolgt auf Befehl des Leutnants Bann, der vorher mit Hauptmann Guttnecht gesprochen habe.

Guttnecht hatte zuvor mit Oberleutnant Schulz Rücksprache genommen. Bann und Guttnecht hätten auch gewußt, wo die Tat beantragen worden sei. Die Entscheidung sei von der Division gekommen, vom Oberleutnant Schulz. Mit Buchdrucker sei darüber nicht verhandelt worden. Hauptmann Guttnecht sei dafür gewesen, daß Pannier zu töten sei. Ein weiteres Mitglied der Schwarzen Reichswehr namens Mäder, der Dienst tat als Adjutant beim Oberleutnant v. Senden, leugnete die Tat, hat aber später ausgegeben, als Zuschauer der Tat beigezogen zu haben. — Nach einer Mitteilung des Polizeipräsidenten, Abteilung Ia, ist, wie weiter berichtet wird, festgestellt worden, daß Schirmann, Stein, Schmidt, Stegelberg und Mäder aus dem Gefängnis eines richterlichen Beamten oder eines Beamten der Abteilung Ia. Daraufhin wurden sie aus der Stadtvogtei in das Untersuchungsgefängnis übergeführt.

Arbeitskommando in Eisgrund bei Döberitz.

dem sogenannten Bataillon v. Senden. Leutnant Bann leitete das Bataillon, und erst kurz vor dem Mord wurde es vom Leutnant v. Senden übernommen. Der eigentliche Gründer war ein Hauptmann Guttnecht, der früher am oberschlesischen Selbstschutz beteiligt war und das Arbeitskommando durch Werbung der früher in Oberschlesien unter ihm dienenden Leute vergrößerte. Diese gehörten fast ausnahmslos rechtsradikalen Verbänden an (Willing, Ehrhardt, Nationalverband deutscher Soldaten und der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei). War jemand geworden, so wurde er vom Werbeoffizier nach der bekannten Stelle in der Kurfürstenstraße geholt, wo Stantje n und Oberleutnant Schulz tätig waren. Diese schickten den Mann dann zur Hildebrand-Spandan, wo er eingekleidet und dann über Döberitz nach Eisgrund geschickt wurde. Beim Bataillon v. Senden diente ein Schütze Pannier, der nach dem Zeugnis seiner Vorgesetzten ein schlechter Soldat war und sich mehrfach unerlaubt von der Truppe entfernt hatte. In zwei altenkundigen Fällen war er nach Berlin zu seinen Angehörigen gegangen. Er wurde dort durch den Sanitätsfeldwebel Schirmann wieder ergriffen und von Schutzpolizisten festgenommen, weil Schirmann ihn als flüchtigen Reichswehrsoldaten bezeichnete. Zum letztenmal wurde er am 2. Juni 1923, zwei Tage vor seiner Ermordung, zum Arbeitskommando zurückgebracht. Die Angehörigen der Truppe waren über Pannier sehr erregt, und er wurde verprügelt. Durch Zeugenaussagen ist ermittelt, daß

Leutnant Bann den Befehl gegeben hat, Pannier zu beseitigen.

Der Schütze Mäckenroth erhielt von Bann den dienstlichen Befehl, Pannier umzubringen. Der Sanitätsfeldwebel Schirmann wurde zum Schein beauftragt, Pannier zum Bahnhof zu bringen. Die Truppenangehörigen Schmidt, Mäckenroth und Stein hatten sich vorher im Franzer-Busch verborgen und bereits eine Grube ausgegraben, in der Panniers Leichnam verscharrt werden sollte. Als Schirmann mit Pannier an den Busch kam, verfehlte Mäckenroth auf Aufforderung des Feldwebels Stein dem Pannier mit einem Beil einen heftigen Schlag auf den Kopf, so daß er zusammenbrach. Pannier erhielt dann noch mehrere Schüsse und wurde zur Grube geschleift. Den letzten Schuß verfehlte ihm Schmidt, der aber nur wegen Mittäterschaft verurteilt worden ist, weil das Gericht annahm, Pannier wäre schon tot gewesen, als er diesen Schuß erhielt. Die Leiche wurde dann zunächst vergraben, aber wahrscheinlich auf Befehl des Oberleutnants Bann später 100 Meter vom Totort entfernt in einer anderen 2 1/2 Meter tiefen Grube verscharrt. Hierbei wirkte ein Absperckommando mit, um unbequeme Zuschauer fernzuhalten. Die Angehörigen des

Wettbewerb um die Mandchurei.

Zum ostchinesischen Eisenbahnkonflikt.

Von Dr. Ariasches Abeghian.

Wieder ist ein Konflikt zwischen Tschangtscholin, dem Nachhaber der Mandchurei, und der Sowjetregierung über die ostchinesische Eisenbahn ausgebrochen. Die Marinebehörden Tschangtscholins haben die Frachtschiffslottille der Eisenbahnverwaltung auf dem Sungaristusse und die Warenlager beschlagnahmt. Auch die ganze Schulverwaltung an der ostchinesischen Eisenbahn mußte an das mandchurische Unterrechtamt übergeben werden. Tschangtscholin hat weiter angeordnet, die mandchurischen Filialen der sowjetrussischen Staatsbank und der Bank für Handel und Industrie zu schließen. Der Sowjetboischafter in Peking, Karachan, ist gezwungen worden, China zu verlassen. Tschitscherin hat bei der chinesischen Regierung protestiert und erklärt, daß die Handlungen der autonomen Regierung der drei chinesischen Ostprovinzen die bestehenden Verträge verletzen und der Sowjetregierung die vertragsmäßig festgelegten Rechte an der Ostchinaeisenbahn nähmen. Die Moskauer Presse bespricht diese Angelegenheit als einen neuen Versuch politischer Einkreisung Sowjetrußlands durch kapitalistische Mächte, namentlich England und Japan.

Schon im Januar 1926 hat Tschangtscholin Maßnahmen gegen die sowjetrussischen Mandchureibahnbehörden verübt; man verhaftete sogar den russischen Generaldirektor Swanoff. Der Konflikt wurde jedoch bald beigelegt. Was nun in der Mandchurei vor sich geht, ist eigentlich nichts anderes als eine Wiederholung und Verschärfung des alten Konflikts um die ostchinesische Eisenbahn, das ist die Fortsetzung der sibirischen Bahn, deren Ausgangspunkt die Grenzstation Mandchuria, deren Endpunkt der russische Hafen Wladiwostok am Stillen Ozean ist. Charbin ist Knotenpunkt; von dort aus zweigt südwärts die chinesische Ostbahn bis Tschangtschun ab. Daran schließt sich die südmandchurische Bahn mit dem Zentrum Mulden und mit dem Endpunkt Port Arthur am Gelben Meer. Die Mandchurei ist so in zwei Einflußgebiete geteilt: die Nordmandchurei russisch, die Südmandchurei japanisch.

Sowjetrußland hat zwar auf alle zaristischen Sonderrechte und Kapitulationen in China formell verzichtet; es hat aber in Wirklichkeit die früheren russischen Rechte auf die Bahn, die durch das rein chinesische Mandchureigebiet geht, und die eine Leistung der imperialistischen Politik des Zarismus war, weiter beibehalten. In diesem Sinne hat auch die Sowjetregierung, als Erbin der zaristischen, mit China zwei spezielle Verträge abgeschlossen: am 31. Mai 1924 mit der Peking Zentralregierung und am 20. September 1924 mit der autonomen Mandchureiregierung Tschangtscholins. Diese beiden Verträge ruhen auf dem chinesisch-russischen Vertrag von 1896 betreffend den Bau und die Ausbeutung der chinesischen Ostbahn. Aus dem Gefagten geht also klar hervor, daß die chinesische Politik Sowjetrußlands sich nicht allzuweit von derjenigen Englands, Japans und anderer imperialistischer Mächte unterscheidet.

Nach dem Abkommen von 1924 untersteht die chinesische Ostbahn einer gemischten chinesisch-russischen Verwaltung. Da nun schon seit Jahren in der Mandchurei Tschangtscholin unabhängig herrscht, tritt er — zumal er 1924 das Abkommen mit unterzeichnet hat — als der wirkliche Kontrahent der Russen auf. Diese seine Stellung ist in letzter Zeit, im Zusammenhange mit der Ausdehnung seines Einflusses in Peking, noch befestigt worden. Er will seine Macht zur Schwächung des russischen Einflusses in der Mandchurei ausnützen. Dabei stützt er sich aber auf den japanischen Imperialismus, den Rivalen des russischen, wie sich eben andere chinesische Gruppen auf Sowjetrußland stützen. Hiermit erhält also der sowjetrussisch-chinesische Zwischenfall einen international-imperialistischen Hintergrund.

Trotz ihrer theoretischen Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Verzichtes auf russische Sonderrechte in fremden Ländern verbleiben doch die Sowjetleute in der Nordmandchurei, wie es eben die Japaner in der Südmandchurei tun. Nicht weniger als die anderen imperialistischen Mächte mißt sich Sowjetrußland in die inneren Angelegenheiten Chinas. Die Rolle, die Karachan hier gespielt hat, ist bekannt. Aber nicht alles wird direkt, viel wird durch chinesische Hintermänner getan.

Gegenstand der heutigen japanisch-russischen Gegensätze in der Mandchurei ist vorzugsweise die Eisenbahnpolitik der beiden Mächte. Während nämlich die Japaner ihre Eisenbahnen in der Südmandchurei fortwährend vergrößern, wächst das russische in der Nordmandchurei nicht. Die Japaner sind jetzt besonders bestrebt, ihre Eisenbahnen in östlicher Richtung zu erweitern und sie mit nordkoreanischen Häfen zu verbinden. Sie bezwecken mit diesen nach Osten gerichteten Verbindungslinien einen Teil des Warentransportes von der Nordmandchurei nach ihren koreanischen Häfen anzuziehen. Andererseits sollen die nach Westen gerichteten neuen Verbindungslinien Transporte nach der chinesischen Staatsbahn Peking—Nankin ableiten. In letzter Zeit unternehmen die Japaner auch Eisenbahnbauten in der Richtung nach der Mongolei, dem ausschließlichen Einflußgebiet Rußlands. Die Chinesen sind ihrerseits bestrebt, wenn auch nicht mit großem Erfolge, ihr Land von der Herrschaft sowohl japanischer als auch russischer Eisenbahnen zu emanzipieren. Die Südmandchurei hat eine viel größere Bevölkerungsdichte als die Nordmandchurei.

Severing, der Kämpfer gegen die Reaktion.

Ein französisches Urteil.

Paris, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Sauerwein veröffentlicht am Donnerstagmorgen im „Matin“ ein Interview mit dem preussischen Innenminister Severing. Die kurze Charakteristik Severings, die Sauerwein der Unterredung voranstellt, verdient mindestens das gleiche Interesse wie der Inhalt der Unterredung selbst. Severing, so erklärt Sauerwein, ist der gefährlichste und geschmähteste Mann Deutschlands. Er ist ein wahres Wunder, daß er noch nicht demselben Geschick erlag wie Rathenau. Wenn die deutsche Republik heute noch besteht, so verdankt sie das zum größten Teile ihm. Mit unbegrenzbarer Energie unterdrückte Severing die Aufstandversuche der Nationalisten, kämpfte gegen ihre Geheimbünde und ließ nach den Urhebern der Gemeremorde in der Schwarzen Reichswehr fahnden. Severing ist das rote Tuch für die deutsche Rechte. Man kann wohl sagen, daß die Angriffe der Freunde des Grafen Westarp gegen die preussische Regierung einzig den Zweck verfolgten, Severing aus der Seite zu vertreiben, wo er sich zur Verteidigung der Republik verschanzte hat. Trotz schwankender Gesundheit bleibt Severing auf seinem Posten, um die Biene der Gegner der Republik zunächst zu machen. Er ist eine ausgesprochene Kämpfernatur und macht den Eindruck größter Kraft und größten Ironismus.

Die Erklärungen Severings gegenüber Sauerwein bewegen sich durchweg in den gleichen Gedankengängen wie die am Mittwoch von Sauerwein veröffentlichten Mitteilungen des preussischen Ministerpräsidenten Braun. Auch Severing sprach sich über die deutsch-französische Ausöhnung aus, als deren langjähriger Anhänger er sich bekannt hat. Severing betonte, daß der größte Teil des deutschen Volkes die Ausöhnungspolitik mit Frankreich wünsche. Natürlich gebe es auch Kreise, die an der Revancheidee festhielten. Die Verminderung des Heeresbestandes habe eine Reihe entwurzelter Elemente zurückgelassen, die hartnäckig und verbissen für die Wiederkehr der alten Einrichtungen kämpfen. Aber ihre Zahl und ihr Einfluß nehmen täglich ab. In der französischen öffentlichen Meinung spielten die vaterländischen Verbände eine große

Rolle. Sie seien aber lange nicht mehr das, was sie während des Ruhrkampfes gewesen seien. Es vergeht zwar auch heute noch kaum ein Sonntag, ohne daß es Zusammenstöße zwischen rechts und links gebe. Aber auch das werde immer seltener und ungeschicklicher. Schließlich klagte Severing darüber, daß man im Auslande über Preußen immer noch eine falsche Vorstellung habe. Preußen bekenne sich rücksichtslos zur Republik und Weimarer Verfassung und sei die beste Stütze der Reichsregierung gewesen, solange diese eine entschlossene Linkspolitik betrieben habe.

Das Militär verläßt Germersheim.

Der Mörder nach Nancy gebracht.

Mainz, 30. September. (BS.) Wie wir aus sicherer Quelle erfahren, ist der Mörder von Germersheim, der französische Leutnant Roucier, nachdem beim französischen Militärgericht des Generalkommandos in Kaiserslautern durch einen beauftragten Offizier des Armeekorpskommandos nach Mainz vernommen worden ist, auf Befehl des Armeekorpskommandos nach Nancy weiterbefördert worden, um in seiner Heimatorganisation den weiteren Gang des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens abzuwarten.

Der Oberbefehlshaber der Rheinarmee hat mit Rücksicht auf den Germersheimer Zwischenfall allen Besatzungsangehörigen im besetzten Gebiet das Tragen von Zivilkleidung verboten und gleichzeitig angeordnet, daß in den von Besatzungstruppen besetzten Orten des Nachts bis auf weiteres ein reger Patrouillengang in Verbindung mit den deutschen örtlichen Polizeibehörden eingerichtet werden soll, der sich besonders auf die Wirtschaften beziehen soll.

Germersheim, 30. September. (MTB.) Der Abtransport des 311. Artillerieregiments ist vollendet. Heute morgen verlassen die letzten Mannschaften dieses Truppenteils Germersheim zu Fuß. Die Erregung in der Bevölkerung hat sich durch diese Tatsache etwas gelegt. Zu Zwischenfällen ist es nicht mehr gekommen. Im Befinden des schwer verletzten Mannes ist eine kleine Besserung zum Besseren eingetreten, doch besteht immer noch Lebensgefahr.

Die Berliner Gewerkschaftsschule.

Ihr neuer Lehrplan.

Die neuen Lehrgänge der Berliner Gewerkschaftsschule beginnen Anfang und Mitte Oktober. Der vorliegende Lehrplan ist ein neuer Beweis für den erfreulichen Aufstieg der Berliner freigewerkschaftlichen Bildungsbewegung, der die Gewerkschaftsschule dient. Die Ausgestaltung des Lehrplanes zeigt eine Erweiterung der einzelnen Unterrichtsgebiete und zweckmäßige Anpassung an das recht verschiedene Maß von Zeit, Arbeitsintensität und Interesse, das jeweils von den Besuchern der Schule aufgebracht wird.

Die wesentlichen Unterrichtsgebiete gliedern sich in Volkswirtschaft, Betriebswirtschaftslehre, Arbeitsrecht, Gewerkschaftswesen, Kulturpolitik. Wer sich auf einem dieser Gebiete ein gründliches Spezialwissen aneignen will, wird nicht umhin kommen, sich einen Bildungsplan auf längere Zeit aufzustellen, wobei er in den Lehrberatungs-Sprechstunden der Schule wesentlich unterstützt wird. Neben Arbeitsgruppen, die einem längeren und gründlichen Spezialstudium dienen, sieht der Lehrplan eine Anzahl von von vier bis acht Abende während der Einzelfunktionen vor. Somit haben auch die besonders stark belasteten Funktionäre der Gewerkschaften die Möglichkeit, sich Kenntnisse einzelner Teilgebiete zu erwerben.

Zwei Gruppen von Bildungsbedürfnissen bedürfen besonderer Berücksichtigung: Die Anfänger und die in ihren Kenntnissen bereits weiter vorgeschrittenen. Für Anfänger sieht der Lehrplan der Gewerkschaftsschule eine Anzahl Einführungskurse vor, darunter auch einen Kursus „Die Frauen im Befreiungskampf des Proletariats“. Hörer mit besonders guter Vorbildung — gleich, ob sie diese im Unterricht oder durch Selbststudium erworben haben — finden im arbeitsrechtlichen Seminar, im Seminar für praktische Rationalökonomie und im kulturpolitischen Seminar die Möglichkeit weiteren wissenschaftlichen Studiums.

Neben den von einzelnen Verbänden für ihre Mitglieder veranstalteten Sonderkursen und neben den ständigen Ausprobierabenden der Frauen-Bildungs-Gemeinschaft verdient eine für die Betriebsräte getroffene Einrichtung besondere Beachtung. Erstmals am 19. Oktober, von da an regelmäßig vierzehntägig, finden „Arbeitsrechtliche Aussprache-Abende für Betriebsräte“ statt, die unter der sachkundigen Leitung des Genossen Clemens Körpel stehen. Diese Aussprache-Abende sollen zu einem Mittelpunkt arbeitsrechtlicher Information für die Arbeiter- und Angestelltenräte werden. Nicht unterrichtsmäßig, sondern in zwangloser Form werden die Betriebsräte Gelegenheit finden, aus den praktischen Erfahrungen des Betriebslebens die juristischen Folgerungen für ihre weitere Arbeit zu ziehen.

Um den Kurzen und Arbeitsgemeinschaften der Berliner Gewerkschaftsschule die notwendige Besucherzahl zu sichern, ist nunmehr eine intensive Agitation in den Betrieben erforderlich. Im Interesse des weiteren Aufstiegs der Gewerkschaftsbewegung dürfen die Funktionäre der freien Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften nichts unversucht lassen, um im Kreise der Kollegenschaft für rege Beteiligung an den Veranstaltungen der Schule zu werden. Unterrichtsverzeichnisse und Teilnehmerkarten sind im Schulbüro (Engelauer 24/25, Zimmer 6) sowie in allen Ortsverwaltungen erhältlich.

Die gewerkschaftliche Bildungsarbeit vermittelt nicht nur dem einzelnen Kenntnisse und Fähigkeiten, sie ist eine unentbehrliche Voraussetzung für den Aufstieg der Arbeiterklasse.

Die Lohnbewegung in den Verkehrsbetrieben.

Verhandlungen mit der Straßenbahn.

Wir hatten bereits vor einigen Tagen mitgeteilt, daß der Verkehrsband die Lohnsätze für die Berliner Verkehrsbetriebe zum 30. September gekündigt hatte. Die Direktion der Berliner Straßenbahn, der bereits die Forderungen überreicht worden sind, ist aber bisher den Verhandlungen ausgewichen. Auf anhaltendes Drängen der Organisation hat sie nun endlich für den 5. Oktober Verhandlungen zugesagt.

Bei der bekannten Einstellung der Direktion der Straßenbahn zu jeder Lohnforderung ist aber damit zu rechnen, daß sie sich jeder Lohnerhöhung hartnäckig widersetzen wird und die Verhandlungen äußerst schwierig sein werden. Der Verkehrsband ist aber entschlossen, jeder Verschleppungstatistik mit allen gebotenen Mitteln zu

begegnen und für die unbedingt notwendige Erhöhung der Löhne einzutreten. Es bleibt abzuwarten, wie sich gerade die Straßenbahn, die besonders in diesem Sommer das Geld scheffelweise eingenommen hat, zu der Forderung auf Lohnerhöhung stellen wird.

Die Tarifbewegung der Puzer.

Der Vertrag um ein Jahr verlängert.

Wie wir schon mitteilten, ist zwischen dem Verband Berliner Baugeschäfte und der Arbeitsgemeinschaft der deutschen industriellen Bauunternehmungen sowie dem Baugewerksbund in diesem Monat des öfteren verhandelt worden, um den von den Unternehmern zum 30. September gekündigten Tarifvertrag der Puzer neu abzuschließen. Die Verhandlungen führten nie zu einem Ergebnis, da die Unternehmer auf eine Neueinstellung des Aufmaßes (Affordberechnung nach Quadratmetern) bestanden, welches Verlangen von den Puzern in mehreren Versammlungen stets entschieden abgelehnt wurde.

Da die Puzer in ihrer Versammlung am 21. September ganz unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hatten, daß sie einer Neueinstellung des Aufmaßes, die einer Verkleinerung ihrer bisherigen Affordverdienste gleich käme, den tariflichen Zustand vorziehen würden, kam es in den nochmaligen Verhandlungen am 23. September endlich zu einer Einigung.

Die Unternehmer erklärten sich mit einer Verlängerung des bisherigen Manteltarifs auf ein Jahr, also bis zum 30. September 1927, bereit. Die Parteien behielten sich vor, zum 15. Februar 1927 eine andere Regelung des Aufmaßes zu beantragen. Sollte eine Einigung darüber bis zum 31. März nicht erzielt werden, so läuft der Vertrag in der bestehenden Form bis zum 30. September weiter.

Die im Baugewerbe organisierten Puzer, die sich in einer gut besuchten Versammlung am Mittwoch in den Residenzjahren mit dem Verhandlungsergebnis beschäftigten, stimmten nach einer längeren Aussprache gegen eine Minderheit dem Ergebnis zu. Die Stellungnahme der Unternehmer steht jedoch noch aus.

Ruhehohn der Reichs- und Staatsarbeiter.

Die Filiale Groß-Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hatte zu Montagabend nach den Germania-Sälen eine Versammlung der in den Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Angestellten einberufen, die sehr stark besucht war. Genosse Stetter vom Verbandsvorstand referierte über die Ruhehohn- und Hinterbliebenenversorgungskasse für die Reichs- und Staatsarbeiter.

Er führte aus, daß für die bei der Reichsbahn beschäftigten Arbeiter eine Ruhehohn- und Hinterbliebenenversorgungskasse bestehe, daß auch die Reichspost für ihre Angestellten und Arbeiter eine derartige Kasse geschaffen habe und daß die im Wasserbau Beschäftigten der Kasse bei der Reichsbahn angeschlossen seien. Auch in Sachsen, Hamburg und Thüringen beständen derartige Einrichtungen, so daß 80 Proz. der Arbeiter, die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigt seien, in den Genuss eines Ruhehohnes und der Hinterbliebenenversorgung kämen.

Es sei daher eine Ungerechtigkeit, daß für die übrigen 20 Proz. nicht auch derartige Einrichtungen existierten. Wenn entgegen dem Beschluß des Kabinetts Luther-Schlieben im Reich eine solche Kasse noch nicht eingerichtet sei, so läge das in erster Linie an dem Widerstand der Länderregierungen, in erster Linie des preussischen Finanzministeriums.

Die Länder erklärten, daß für diese Zwecke das Geld fehle. Dabei sei aber folgendes zu berücksichtigen: Wenn die nicht arbeitsfähigen Kräfte in den Reichs- und Staatsbetrieben mit einem Anspruch auf Ruhehohn aus diesen Betrieben verschwinden, so werde dadurch Platz geschaffen für eine Anzahl Erwerbslose, die eingestellt werden könnten. Es entstünden keine Mehrausgaben, sondern es würde nur eine Verschiebung der Ausgaben vorgenommen. Die Länderregierungen wollten diese Frage mit dem Finanzausgleich zusammenmischen. Damit hätte aber die Frage des Ruhehohnes und der Hinterbliebenenversorgung nicht das Geringste zu tun. Es sei nicht angängig, den Finanzausgleich auf Kosten der Gemeinde- und Staatsarbeiter besser regeln zu wollen, als das bisher der Fall war.

Wenn es nicht gelänge, den Widerstand der Länderregierungen zu brechen, so bleibe einzig und allein der parlamentarische Weg offen, auf dem man das glücklicherweise zu erreichen zu können, was bisher nicht möglich sei. Es sei die moralische Pflicht des Reiches und der Länder, dafür zu sorgen, daß Arbeiter und Angestellte, die 35 und

40 Dienstjahre in den Diensten des Reiches und der Länder zugebracht hätten, nicht auf Almosen angewiesen seien, wenn sie arbeitsunfähig seien und daß sie einen Rechtsanspruch hätten auf einen Ruhehohn.

Eine Resolution, die in diesem Sinne gehalten war, fand nach einer zustimmenden Diskussion die einstimmige Billigung der Versammlung.

Der Konflikt im Hamburger Hafen.

Neuer Schiedspruch.

Hamburg, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Verhandlungen über den Tarifstreit im Hamburger Hafen, die am Mittwoch unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums stattfanden, führten zu keiner Vereinbarung. Auf Vorschlag des Vertreters des Reichsarbeitsministeriums wurde eine neue Schlichterkammer gebildet. Von dieser wurde in den späten Abendstunden des Mittwochs ein neuer Schiedspruch gefällt. Danach sollen die bisherigen Löhne beibehalten werden, der Rahmentarif aber einige Verbesserungen in der Entlohnung der Ueberrichtlichen und besonders der dritten Schicht bringen. Wie wir erfahren, wurde auch dieser Spruch von beiden Parteien abgelehnt. Man rechnet jetzt mit einer Verbindlichkeitserklärung des letzten Spruches durch das Reichsarbeitsministerium. — Ob sich damit die Hamburger Hafenarbeiter abfinden wird, bleibt allerdings abzuwarten.

Einigung in Oberschlesien.

Breslau, 30. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Manteltarif für die ober-schlesischen Eisenhütten ist jetzt endgültig zustandekommen. Bereits am 8. September sollte der ober-schlesische Schlichter einen Schiedspruch, der das Kohlendepot für die Hüttenarbeiter wieder einführt, in der Urlaubsfrage einen Tag mehr Urlaub für alle über 40 Jahre alten Arbeiter vorsieht und den Forderungen der Arbeitnehmer bezüglich der Schlichtung von Streitigkeiten entgegenkommt. Dieser Schiedspruch war von Arbeitgebern und Arbeitnehmern abgelehnt worden. Anfang der Woche fanden deshalb vor dem Reichsarbeitsministerium abermals Verhandlungen statt, die schließlich mit einer Einigung beider Parteien endeten. Arbeitgeber und Arbeitnehmer beschloßen, den Schiedspruch zum Vertrag zu erheben und ihn bis September 1927 Gültigkeit zu geben.

Bei der Neuwahl zum Vorstand des Verbandes der Polizeibeamten der Jahrgangsgemäß ausscheidenden Vorstandmitglieder wurden Schrader (1. Vorsitzender) und Gens (2. Vorsitzender) einstimmig wiedergewählt. Ebenso wurde der vom Vorstand aufgestellte Haushaltsplan genehmigt. Es wurde weiter beschlossen, den nächsten Verbandstag im Jahre 1928 abzuhalten. Die Festlegung des Tagungsortes wurde dem Vorstand und Verbandsauschuß überlassen.

Achtung, Zimmerer! Die Baustelle Kous-Bahn am Bahnhof Eichkamp der Firma Habermann u. Gugges ist gesperrt. Die Firma verlangt von den dort beschäftigten Zimmerern dauernd Ueberstunden, obwohl es genügend arbeitslose Zimmerer gibt. Eine Regelung mit der Organisation lehnt die Firma ab. Kameraden, übt Solidarität, meldet die Baustelle! Zentralverband der Zimmerer, Jabststraße Berlin und Umgegend.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die bekannte Schokoladenfabrik E. Sprengel & Co., Hannover, bezieht heute ihr 75jähriges Geschäftsjubiläum. Die Firma befindet sich seit Anfang allein in den Händen der Familie des Gründers.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geiser; Wirtschaft: Felix Salton; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revisionen: Dr. John Schilfow; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: Th. Glöck; Feuilleton: Berlin. Verlag: Herold-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Herold-Verlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Jed. Freitag frische junge Fettgänse 1.10
allererste Qualität 1.25
Wagner, Berlin SO
Mariannenstraße 34.

Photoapparate, Feldstecher
kaufen sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kotbuser Damm 98

Großer Jahrmärkts-Verkauf

in **Herbstwaren** zu horrend billigen Preisen

Fenster Nr. 1
Stauend billig!
Pullower und Westen

Fenster Nr. 2
Stauend billig!
Gardinen, Stores Garnituren

Fenster Nr. 3
Stauend billig!
Kleiderstoffe

Eingangsfenster
Stauend billige
Strumpfwaren

Fenster Nr. 4
Stauend billige
Mäntel und Kleider

Fenster Nr. 5
Stauend billige
Wäsche

Fenster Nr. 6
Stauend billige
Schürzen

Fenster Nr. 7
Stauend billige
Webwaren

Fenster Nr. 8
Stauend billige
Tapisserien

Fenster Nr. 9
Stauend billige
Teppiche, Decken, Linoleum

WU
Gedr. A.-G.
das größte Warenhaus des Nordens
Swinemünder Str. 86